

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1993)

Heft: 3

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geheime Tschernobyl-Protokolle

Gorbatschow und das Politbüro der KPdSU wussten, dass die Tschernobyl-Reaktoren **gemeingefährlich** sind.



Michael Gorbatschow über RBMK-Reaktoren: Warum wurden solche unausgereifte Reaktoren überhaupt in Betrieb genommen? (Bild Keystone)

Die führenden Personen des AKW Tschernobyl seien bereits zur Verantwortung gezogen worden. Da die Katastrophe eindeutig eine Folge der Verletzung zahlreicher Betriebs- und Sicherheitsvorschriften gewesen sei, habe man die Ermittlungen bezüglich möglicher Konstruktionsfehler des Reaktors eingestellt. Diese Antwort erhielt eine Gruppe von Parlamentariern, die gegen Personen gerichtlich vorgehen wollten, die wissenschaftlich Informationen unterdrückt hatten.

Im Bericht des Kurtschatow-Institutes für Atomenergie heißt es, dass neben menschlichem Versagen "auch Mängel in der Konstruktion der Steuerstäbe sichtbar geworden sind." Diese Passage fehlt in den offiziellen Berichten der UdSSR, wie sie bei Konferenzen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vorgelegt wurden!

"Streng geheim - einziges Exemplar" steht auf dem Protokoll des Politbüros des ZK der KPdSU vom 3. Juli 1986. Genosse Gorbatschow führte den Vorsitz.

Schtscherbina (stellv. Vorsitzender des Ministerrates): Die

Havarie ereignete sich als Folge grober Verletzungen der technischen Vorschriften durch das Bedienungspersonal und in Zusammenhang mit schwerwiegenden Konstruktionsfehlern des Reaktors. Die Kommission hält jedoch Bedienungsfehler des Personals für die Hauptursache der Katastrophe."

Weiter im Vortrag sagte Schtscherbina jedoch: "Die Gruppe der Spezialisten (...) kam zu dem Ergebnis, dass der Reaktor nicht den gültigen Sicherheitsanforderungen entspricht. Die Spezialistengruppe kam zum Schluss, dass der Reaktor einer Expertise auf internationalem Niveau nicht standhalten würde und international abgelehnt würde. Die Reaktoren vom Typ RBMK sind potentiell gefährlich.

(...) Aus diesem Grund ist die sicherlich nicht leichte Entscheidung zu treffen, keine neuen Reaktoren vom Typ RBMK mehr zu bauen.

Gorbatschow: Die Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, warum ein so unausgereifter Reaktor überhaupt industriell in Betrieb genommen worden ist. In den USA werden diese Reaktoren doch überhaupt nicht eingesetzt. Ist

das nicht so, Genosse Legasow?

Legasow: Das ist richtig.

Gorbatschow: Der Reaktor ist also in Betrieb genommen worden, ohne dass man die theoretischen Forschungen an ihm weitergeführt hätte. (...) Wie viele Havarien hat es denn überhaupt gegeben?

Brjuchanow (Direktor des AKW Tschernobyl): Pro Jahr gibt es ein bis zwei Havarien. Wir wussten übrigens nicht, dass es 1975 schon einen ähnlichen Vorfall im AKW Leningrad gegeben hatte.

Gorbatschow: Lassen sich diese Reaktoren denn nicht so weit verbessern, dass sie internationale Normen entsprechen?

Alexandrow (Leiter des Kurtschatow-Institutes): (...) Alle Länder mit einer entwickelten Atomenergie arbeiten nicht mit dem Typ Reaktor, mit dem wir arbeiten.

Majorez (Mitglied der Regierungskommission): Eines lässt sich sehr eindeutig sagen: niemand in der Welt würde sich für den Bau der RBMK-Reaktoren entscheiden.

Das waren also Einsichten der Spezialisten und Teilnehmer einer streng geheimen Sitzung des Politbüros. Und was sind die Schlussfolgerungen?

Bereits ein Jahr nach Tschernobyl wurden wieder zwei Reaktoren vom Typ RBMK angefahren. Und heute, sieben Jahre nach Tschernobyl, hat sich in der Welt der Atomenergie der Staaten der früheren UdSSR wenig geändert. Es sind nach wie vor die gleichen AKW in Betrieb. Zum Beispiel die Ukraine, die laut eigenem Beschluss Tschernobyl 1993 stilllegen wollte, liess Ende letzten Jahres den ersten und den zweiten Block wieder ans Netz.

Besonders aktiv ist die Atomin industrie in Russland. Am 28. Dezember 1992 gab die russische Regierung bekannt, dass 33 neue AKW-Blöcke, darunter auch Reaktoren vom Typ RBMK, geplant seien.

taz 8.6.93

Schnee verseucht

Der Schnee auf dem Mont-blanc-Massiv ist in 20 Metern Tiefe heute noch durch die Folgen der Reaktorunfalls von Tschernobyl radioaktiv verseucht. Dies haben Stichproben der Forschungsprogramms CNRS in Grenoble ergeben.

taz 17.6.93

USA: Energiesteuer aufgegeben

Der amerikanische Präsident musste seiner heimischen Industrie ein 30-Milliarden-Geschenk machen. Auf ihren Druck hin hat er seine Pläne für eine allgemeine, also nicht nur auf Mineralöl beschränkte Energiesteuer aufgegeben, trotz demokratisch dominierter Senat. Wenn die Lobbyisten am Werk sind, zählt Parteidisziplin nicht mehr viel. Er wolle nurmehr eine Verringerung des Haushaltdefizites, der Zinsen und mehr Jobs, sagte Clinton im Fernsehen. Wie, das sollten die Senatoren aushandeln.

Im US-Senat wird jetzt über die Einführung einer erweiterten Mineralsteuer diskutiert, die statt der bisher geplanten 71,5 Milliarden Dollar bis 1998 nur noch 40 bis 50 Milliarden einbringen soll. Die Industriebetriebe werden dabei nicht stärker belastet. Der Effekt: Die Amerikaner, die heute schon pro Nase doppelt so viel Energie verbrauchen wie die Europäer, drehen die Treibhausheizung weiter hinauf. Schon heute sind sie für 18 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Bei der EG-Kommission reagierte man kühl. Die Clintonischen Steuerpläne hätten im Frühjahr zwar Bewegung in die Diskussion über eine EG-Energie-Steuern gebracht. Aber je mehr sich Schwierigkeiten in Washington abzeichneten, desto mehr seien auch die Initiativen für eine EG-weite Energiesteuer versandet.

taz 11.6.93

Atomenergie - ein Auslaufmodell

Die Bonner Energie-Konsensrunde mit den Umweltverbänden endete im Juli mit einem Kompromiss. Ein Arbeitskreis soll jetzt über Stromsparen diskutieren.

Zwölf Seiten lang ist das Papier, das Beamte zweier Ministerien verfasst haben. Die Mühe war vergebens, denn die Umweltgruppen wollen mit den Gewerkschaften und Energieversorgern in einem Sommerarbeitskreis über "Rahmenbedingungen zur Umstrukturierung der Energiewirtschaft" weiter diskutieren - der Grundsatzstreit ums Atom wird solange vertagt.

Allerdings nicht ganz - völlig unbelohnt sollte der Beamtenfleiss nun doch nicht bleiben. Ein Zweiter Arbeitskreis soll sich ebenfalls in der Sommerpause mit der Atomkraft befassen. Die Umweltverbände wollen sich daran nicht beteiligen; sie setzen auf die nächste Blamage. Ende September soll sich die grosse Runde wieder treffen, um die Berichte der Arbeitsgruppe zur Kenntnis zu nehmen. Heinz Laing von Greenpeace freut sich schon: "Wir werden denen vorrechnen, dass Atomenergie ökonomisch ein Auslaufmodell ist." Ginge die Strategie auf, wäre nichts Geringeres als der Ausstieg aus der Atomkraft auf kaltem Weg vollbracht: Die tatsächlichen Kosten - etwa die Lagerung des Atommülls - treiben die Strompreise in unbelzahlbare Höhen. Diese Einsicht ist inzwischen auch Dietmar Kuhnt geläufig, dem Chef der RWE-Energie AG, Betreiberin der Atomreaktoren der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke. Kuhnt verblüffte die Konsensrunde denn auch mit dem Satz: "Jede eingesparte Kilowattstunde Strom bringt mehr Gewinn als der Zubau von Kapazitäten."

taz 6. 7.93

Mühleberg-Entscheid in Strassburg angefochten

Die Gegner der Atomkraftwerks Mühleberg gelangen mit einer Beschwerde an die Europäische Menschenrechtskommission in Strassburg. Sie fechten darin den Entscheid des Bundesrates über die Bewilligung des Betriebs und die Leistungserhöhung des AKW an. Beschwerdeführer sind zehn Anwohner aus der Zone I um das AKW, wie der "Verein Mühleberg unter der Lupe" bekanntgab. Da die vom Bundesrat erlassene Betriebsbewilligung nicht anfechtbar sei, bleibe nur der Schritt vor die

Menschenrechtskommission. Nach Ansicht des Anwalts ging es bei der Betriebsbewilligung hauptsächlich um die rechtliche Frage, ob der Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen und die Unversehrtheit fremder Sachen gewährleistet seien. Die Menschenrechtskonvention verlange, dass ein solche Rechtsgüter betreffender Entscheid vor einem Gericht angefochten werden könne.

Gleichzeitig mit der Beschwerde wird der Bundesrat in einem Brief aufgefordert, Vergleichsverhandlungen mit den zehn Beschwerdeführern aufzunehmen. Im Vorentwurf der Änderung des Atomgesetzes und des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz heisst es, dass für die Bewilligung von Lagern für radioaktive Abfälle das EVED zuständig sei und dessen Entscheid beim Bundesgericht angefochten werden könne. Die Beschwerdeführer fordern nun eine analoge Rechtsmittelordnung für sämtliche Atomanlagen und die Anwendung auch auf die bereits erlassene Betriebsbewilligung für Mühleberg.

NZZ 25.6.93

Baugesuch trotz offenen Fragen

Das Zwischenlager für Atommüll in Würenlingen soll nach dem Willen der Nuklearfirma Zwilag möglichst bald gebaut werden. Noch bevor das Parlament dafür die notwendige Rahmenbewilligung erteilt hat, reichte sie ein 430-Millionen Bauprojekt auf dem vom Bund zur Verfügung gestellten Gelände ein. Grund: Den Schweizer AKW steht das Wasser bereits am Hals. Obschon bisher keine befriedigenden Lösungen zur Zwischen- und Endlagerung von atomaren Abfällen vorliegen, muss die Schweiz den in Frankreich aufbereiteten Atommüll ab 1996 wieder zurücknehmen.

Der Standort Würenlingen ist nach Ansicht der Umweltverbände ungünstig, liegt er doch direkt im Bereich der wichtigsten Flugstrassen des nahen Flugplatzes Kloten. Damit seien zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen dringend. Weiter sei die Halle für mittel verseuchte Abfälle zu wenig stark, die Brandgefahr für Abfälle zu hoch und die Kapazitätssteige-

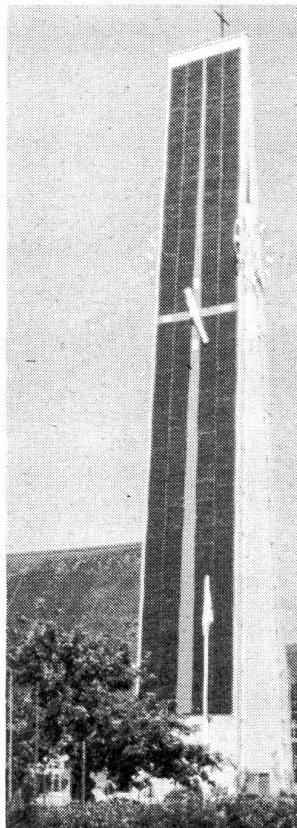
rungen zur Verbrennung von radioaktiven Abfällen völlig überdimensioniert. Weit über 1000 Einwendungen sind gegen diesen Standort eingegangen und eine Einsprache der SES und weiterer Umweltverbände ist ziemlich sicher. "Uns geht es darum, massgeblich Einfluss auf die sicherheitstechnische Optimierung auszuüben", meinte SES-Jurist Leo Scherer.

DAZ 11.8.93

Strom vom Kirchturm

In der thurgauischen Unterseegemeinde Steckborn liefert der Turm der katholischen Kirche Strom. Am einmaligen Sonnenkraftwerk sind an der Südseite als neue Fassadenverkleidung 432 Sonnenmodule angebracht worden. Die Photovoltaikanlage liefert pro Jahr 12 000 Kilowattstunden Strom ins örtliche Netz. Diese Leistung entspricht etwa dem Jahresverbrauch von drei Vierpersonenhaushalten. Das Projekt, das insgesamt 622 000 Franken kostete, wird vom Bund, vom Kanton Thurgau und von den Nordostschweizerischen Kraftwerken unterstützt.

AP 12.6.93



Strom für drei Haushalte

Stromexport jetzt ein Verlustgeschäft

Die steigende Stromproduktionskapazität der Schweiz im In- und Ausland einerseits und der neuerdings sinkende Inlandverbrauch (Rezession) andererseits, zwingt die Schweizer Elektrizitätswerke, mehr Strom ans Ausland zu verkaufen. Der Marktleader NOK zum Beispiel disponierte für den Winter 92/93 eine Absatzzunahme von 2,5 Prozent. Eingetreten ist aber ein Absatzerügang von 2,1 Prozent. Die Differenz von etwa 350 Mio Kilowattstunden, so erklärt NOK-Direktor Heinz Baumberger, müssen die NOK nun zusätzlich auf dem freien Markt ans Ausland verkaufen. Ähnlich verhält es sich bei den meisten Elektrizitätswerken.

Der Stromexport war für die Schweiz früher ein Geschäft, weil die Exportpreise - vor allem für Spitzenstrom aus Stauseen im Winter - meist höher waren als die Importpreise. Doch die Preissituation hat sich in den letzten zwölf Monaten drastisch verändert. Weil die Produktionskapazität in ganz Europa viel zu hoch ist, tauchten auf dem freien Markt die Strompreise, in der Regel auf etwa drei Rappen pro Kilowattstunde. Damit stellt der zusätzliche Stromexport für die Schweizer Elektrizitätswerke heute ein Verlustgeschäft dar.

TA 10.7.93

Abschalten schadet nicht

Selbst häufiges Ein- und Ausschalten schadet Büro- und Heimelektronikgeräten nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine ETH-Studie, die in Zürich an einer Tagung über rationalen Energieeinsatz vorgestellt wurde. Die Fachleute kritisieren die immer noch verbreitete Unsitt, Computer und andere Geräte dauernd eingeschaltet zu lassen, um sie zu schonen.

Das Bundesamt für Energiewirtschaft BEW schätzt, dass in der EG bis Mitte der 90er Jahre zehn Kraftwerke allein zum Betrieb der immer zahlreicher Elektronikgeräte nötig sein werden, falls sich die Technik nicht entscheidend ändert (oder das Verhalten der Menschen, Red.).

NZZ 18.5.93

SES

SES



Nehmen Sie die
ENERGIE
Politik in die Hand

Schweizerische
Energie-Stiftung
Sihlquai 67
8005 Zürich
Tel 01/271 54 64
Fax 01/273 03 69
PC 80-3230-3

***Umweltfreundliche Energie
braucht eine politische Lobby.
Denn AKW sind zu riskant.
Die SES macht Druck.***

AZB 8005 Zürich
Adressberichtigung nach A1 Nr. 552 melden

Schweiz. Sozialarchiv
Abteilung Periodica
Stadelhoferstrasse 12
8001 Zürich

G 3

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Tel 01/271 54 64

Werden Sie Mitglied.

SENDEN Sie mir Informationen über die SES

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Unterschrift: _____